



Minex: Noch viele Fragen offen

Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist abgeschlossen, im August fiel das positive Urteil in 2. Instanz. Minex kann damit mit der Errichtung ihrer Verhüttungsanlage beginnen. Doch viele Fragen sind noch offen und die Verunsicherung in der Bevölkerung groß.

Die Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Aichfeld“ informierte auf einer Versammlung Anfang November über ihre Einschätzung einer möglichen Asbestbelastung durch das geplante Werk. Sie hat gemeinsam mit dem WWF Revision gegen das Urteil eingelegt.

Für Laien ist die Thematik schwer zu durchschauen. Wir haben daher mit dem Trofaiacher KPÖ-Gemeinderat und Verfahrenstechniker an der Universität Leoben, Ao.Prof DI Dr. Christian Weiß, der an der UVP beteiligt war ein Interview geführt:



MINEX ist in aller Munde. Was genau hat es damit auf sich und wo liegen die Probleme?

Die Firma MINEX möchte in Zeltweg ein Werk errichten. Es sollen aus gewissen Gesteinsverbindungen spezielle Mineralien und Metallkonzentrationen gewonnen werden um diese kommerziell zu verwer-

ten. Derzeit ist vorgesehen dieses Gestein aus dem Steinbruch in Preg zu beziehen. Da bekannt ist, dass dort asbestartige Minerale (unter anderem Antigorit) im Gestein vorkommen, gibt es Befürchtungen - etwa von Seiten der Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Aichfeld“ - dass es in Zeltweg zu einem Ausstoß von Asbestfasern kommen könnte.

Sind diese Befürchtungen berechtigt?

Tatsächlich kann es beim Verladen des Materials und im Zuge des Zermahlens des Gesteines bei der Aufarbeitung zu einer nicht unbedeutlichen Staubbildung kommen. Dieser Staub kann unter Umständen – hier sind sich die Geologen uneins – auch Antigoritfasern enthalten, welche ähnliche Eigenschaften wie Asbest aufweisen. Sicherheitshalber wurden der Firma MINEX daher im Zuge der Umweltverträglichkeitsprüfung Grenzwerte für die maximale Ausstoßmenge an Fasern vorgeschrieben. Auch muss beispielsweise

bei der Verladung in geschlossenen Kreisläufen gearbeitet werden.

Heißt das, dass alles unter Kontrolle ist?

Jein. Einerseits wurde mittlerweile bekannt, dass MINEX aktualisierte und erhöhte Zahlen die Abluftmenge betreffend vorgelegt hat. Darum stellt sich die Frage, ob die Schadstoff-Ausbreitungsberechnung, welche im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wurde, nicht ebenfalls aktualisiert werden müsste. Außerdem bräuchte es zusätzlich zu den bisherigen Aussagen über die chemische Zusammensetzung auch eine mineralogische Definition des verwendeten Materials.

Was könnte man noch unternehmen um die Sicherheit für die Bevölkerung zu erhöhen?

Vernünftig wäre eine laufende Überwachung der Abluft aus der mechanischen Zerkleinerung im Produktionsprozess um rasch auf Änderungen reagieren zu können. Ferner müssen Maßnahmen, die die Arbeitssicherheit für die Beschäftigten garantieren, in ausreichendem Maße gesetzt werden.

Danke für das Gespräch.

Wir sind der Meinung, dass die Firma Minex auf Grund der Unsicherheit und Besorgnis der Bevölkerung die Pflicht hätte die Menschen umfassend aufzuklären und zur Frage einer Gefährdung Stellung zu nehmen. Dass das bisher nicht geschehen ist, ist uns unverständlich.

Einige Begriffserklärungen:

Asbest: Sammelbezeichnung für verschiedene faserförmige Minerale. Das bekannteste Chrysotyl wurde, wegen Festigkeit und Hitzebeständigkeit, unter anderem als Bau- und Dämmstoff verwendet. Fasern sind stark krebserregend, Verwendung seit 1990 verboten

Antigorit: Silikatmineral, nicht als Asbest klassifiziert, kann aber asbestähnliche Eigenschaften annehmen. Kommt im Abbaugebiet vor.

Das Budget der Gemeinde für 2019

Einnahmen und Ausgaben, gerundet

Ordentlicher Haushalt

Einnahmen	20,8 Mio. €
Ausgaben	20,8 Mio. €

Außerordentlicher Haushalt

Einnahmen	2,7 Mio. €
Ausgaben	2,7 Mio. €



Die KPÖ hat, wie im Vorjahr, das Budget abgelehnt. Das geschah aus politischen Gründen und richtet sich nicht gegen die Beschäftigten der Gemeinde.

Die wesentlichsten Einnahmen der Gemeinden sind die Ertragsanteile. Der Bund hebt Steuern ein. Diese werden nach einem bestimmten Schlüssel, der im so genannten „Finanzausgleich“ geregelt ist, zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden verteilt. Der Anteil, den die Gemeinden vom Bund erhalten, nennt man Ertragsanteile.

Bei wem der Bund die Steuern einhebt und wie viel davon die Gemeinden erhalten ist eine politische Frage. Etwa zwei Drittel unserer Staatseinnahmen stammen aus der Besteuerung des Faktors Arbeit (z.B. Lohnsteuer), rund ein Viertel kommt aus Konsumsteuern. Lediglich acht Prozent kommen aus der Besteuerung von Gewinnen und kümmerliche vier Prozent aus der Besteuerung von Vermögen.

Das bedeutet, dass sich die ZeltwegerInnen alle Leistungen, die sie von Bund, Land und auch von unserer Gemeinde erhalten, im wesentlichen selbst bezahlen. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben Österreich in den vergangenen Jahren zum Steuerparadies für Reiche gemacht. In diesem Finanzrahmen sind auch die Gemeinden eingebunden. In den Budgets fehlen die Steuereinnahmen aus Gewinnen und Vermögen.

Die Ausgaben für den Sozialhilfeverband werden

gegenüber dem Vorjahr um rund 48.000 Euro steigen. Außer Zeltweg und Spielberg bezahlen alle anderen Gemeinden des Murtals weniger als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist nicht erfreulich. Die hohen Gebühren für Wasser, Kanal und Müllabfuhr sind, ebenso wie die hohen Bezüge der GemeindepolitikerInnen, Teil des Budgets. Auch damit sind wir nicht einverstanden.

Die KPÖ hat das Budget 2019 abgelehnt. Die mangelhafte finanzielle Ausstattung der Gemeinde ist das Ergebnis der derzeitigen falschen Finanzpolitik. Wir wollen eine andere Finanzpolitik, bei der Konzerngewinne und Vermögen höher besteuert werden anstatt die Masse der Bevölkerung zur Kasse zu bitten.

Unsere Ablehnung des Budgets ist ein politischer Protest gegen die neoliberale Finanzpolitik der Regierung. Das Budget wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ beschlossen.

Budget 2019 zeigt:

Es gibt keinen Grund die Gemeindewohnungen zu verkaufen

Zuerst hat es von Seiten der SPÖ geheißen die Sanierung der Zeltweger Schulen kann nur finanziert werden, wenn die Gemeindewohnungen verkauft werden. So wurde die Schulsanierung gegen die Gemeindewohnungen ausgespielt. Nun werden die Schulen auch ohne Wohnungsverkauf saniert.

Außerdem würde es ohne Wohnungsverkauf in Zeltweg bald einen gewaltigen Abgang im Budget geben, hieß es damals. Das Budget 2019 und der mit-

telfristige Finanzplan bis zum Jahr 2023 liegen vor - keine Spur von irgendwelchen Abgängen.

Die Gemeindewohnungen sind das Eigentum der ZeltwegerInnen. Die Ablehnung des Verkaufs von Gemeindewohnungen ist für uns eine Grundsatzfrage. Darüber hinaus zeigt auch die finanzielle Entwicklung unserer Gemeinde, dass es keinen Grund gibt unser Familiensilber zu verscherbeln. Wir hoffen im Interesse der ZeltwegerInnen dass SPÖ und FPÖ von ihrem Vorhaben abgekommen sind.



Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

Unsere Internetadresse:

www.kpoe-steiermark.at

KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook

ÖVP für Kürzung der Sportförderungen

Die ÖVP hat dem Budget 2019 ebenfalls nicht zugestimmt. Sie hat ihre Ablehnung damit begründet, dass sie für eine Kürzung der Subventionen für die Sportvereine sei. Da die Subventionen laut Budget nicht gekürzt sind, stimme sie nicht zu.

Die ÖVP hat schon in der Vergangenheit den Subventionen für die Sportvereine nicht zugestimmt und eine 10-prozentige Kürzung verlangt. Uns ist diese Haltung unverständlich. Die Sportsubventionen wurden bereits 2013 als Folge des Zeltweger Finanzskandals um zehn Prozent gekürzt. Wir waren mit dieser Kürzung nicht einverstanden und haben den Antrag gestellt sie zurückzunehmen. Unser Antrag wurde damals von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Die Tätigkeit der Sportvereine ist wichtig für die Lebensqualität in unserer Stadt. Durch die Arbeit der Vereine wird vielen ZeltwegerInnen ein breites Angebot zur sinnvollen Freizeitgestaltung gemacht, das Gemeinschaftserlebnis gefördert und ehrenamtliche Tätigkeit hochgehalten. Das ist für alle ZeltwegerInnen, insbesondere aber für die Jugend, wichtig. Hier sollte es keine Kürzungen geben.

In Wahrheit müssten wir über Anhebungen reden. Denn die Höhe der Subventionen ist seit 2013 unverändert. Allein das bedeutet angesichts der Teuerung schon eine Kürzung.

Aus dem Gemeinderat

Aichfeldbus

Der Bürgermeister berichtete, dass es bei den Aichfeldbussen regelmäßige Fahrscheinkontrollen gäbe. Der Anteil der Fahrten ohne Fahrschein liege bei 2,2 Prozent. Bei der Überprüfung der Pünktlichkeit liege der Wert bei über 90 Prozent.

Richtige Mülltrennung GemeindebürgerInnen sind sich manchmal nicht sicher, wie einzelne Abfälle zu entsorgen sind. Wir wurden ersucht einzubringen, dass die Gemeinde wieder über die richtige Mülltrennung informieren soll. Das haben wir getan. Allerdings meinte der Bürgermeister das Wissen über die Mülltrennung sei vorhanden. „Alles was nicht in die Restmülltonne passt ist Sperrmüll“, meinte der Bürgermeister. Diese Antwort klärt nicht, was nun Restmüll ist und was nicht. Eine neuerliche Information in Sachen Mülltrennung, z.B. im „Zeltweg präsent“ wäre sicher sinnvoll.

Liebe Zeltwegerinnen und Zeltweger!

Die Reichen werden reicher - wir zahlen drauf

Der neue Bericht der Organisation Oxfam zeigt, dass die Entwicklung der vergangenen Jahre sich verstärkt hat: Das Vermögen der Superreichen, der Milliardäre, ist stark angestiegen. Um unvorstellbare 2,2 Milliarden Euro, pro Tag!

Auf der anderen Seite lebt fast die Hälfte der Menschen in Armut. 700 Millionen Menschen haben überhaupt weniger als zwei Euro am Tag zum Leben. Das Vermögen aller armen Menschen sank dazu noch um 500 Millionen pro Tag. Allein diese Zahlen zeigen, dass eine kleine reiche Minderheit von der Arbeit der Mehrheit lebt.

Wenn von Armut gesprochen wird, denken viele an Länder in Afrika und Asien, nicht aber an die reichen Staaten in Mitteleuropa. Doch auch bei uns wird Armut zunehmend zu einem Massenproblem, 1,5 Millionen Menschen in Österreich sind arm oder armutsgefährdet. Laut Sozialbericht des Landes leben in der Steiermark 51.000 Kinder in Armut. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 40 % des gesamten Vermögens in Österreich, die reichsten fünf Prozent kommen schon auf mehr als die Hälfte, für die ärmere Hälfte der Bevölkerungen bleiben überhaupt nur etwa 2,5 % des Gesamtvermögens.

Armut ist auch ein Gesundheitsrisiko. Dauerhafte Armut verkürzt die Lebenszeit um durchschnittlich 10 Jahre. Für die Menschen, aber auch für die Gesellschaft, ist die wachsende Ungleichheit eine Katastrophe. Entsolidarisierung und Ausgrenzung sind eine der Folgen. Die Herrschenden nutzen diese Situation um unser Sozialsystem weiter zu zerstören.

Dieses Unrecht ist aber kein Naturgesetz. Eine gerechte Verteilung der Vermögen wäre möglich. Bei uns wäre ein erster Schritt die Vermögen der Reichen zu besteuern. Damit würden genug Mittel frei um die schlimmsten Folgen von Armut bei uns zu beseitigen.

Um langfristig Armut abzuschaffen und die Ungleichheit zu beseitigen braucht es aber ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem in dem nicht der Profit, sondern das Wohl aller im Zentrum steht, meint ihr...



...KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau
Tel: 0664/404 77 21, Mail: p.lor49@gmail.com

Broschüre 50 Jahre Zeltweg



Die Bilder des „Jubiläumspfad“, der im Rahmen der 50-Jahr-Feiern der Stadterhebung Zeltwegs errichtet wurde, sind sehr beliebt. Sie geben einen guten Rückblick auf die Stadtentwicklung, das Vereinsgeschehen und das gesellschaftliche und kulturelle Leben in Zeltweg.

Deshalb hat die KPÖ vor einigen Monaten ange-regt, die Gemeinde sollte die Bilder in Form einer Bro-schüre zusammenfassen. Der Bürgermeister versprach die Idee zu prüfen. Nun haben wir nachgefragt wie es mit der Umsetzung einer solche Broschüre steht.

Der Bürgermeister antwortete die Gemeinde habe viel geschichtliches Material bekommen, das derzeit gesichtet werde. An die Herausgabe einer Broschüre sei aber nicht gedacht. Wir finden das sehr schade.

Hunter, der neue KPÖ-Hund

Damit er sich bei dem Wetter nicht verkühlt hat sich Hunter gut eingepackt.

„Für den Fall das ich doch ein-mal krank werde, muss ich mich als Hund privat versichern. Die schwarz-blaue Regierung will, dass das auch meine mensch-lichen BegleiterInnen müssen. Über die Krankenkassen, die weiterhin von den arbeitenden Menschen finanziert werden, bestimmt künftig die Wirtschaft, Leistungskürzungen sind vorprogrammiert. Die Men-schen sollten nicht hinnehmen dass ihnen ihre öffent-liche Sozialversicherung weggenommen wird.“

Hunter ist wöchentlich auf der Facebookseite der „KPÖ-Murtal“ anzutreffen - und mit etwas Glück in unserem Büro in der Friedensstraße in Knittelfeld.



Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Freitag, 22. Februar

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Aus dem Gemeinderat

Verwaltung Gemeindewohnungen

Im Jahr 2011 hat der Gemeinderat beschlossen die Verwaltung der Gemeindewohnungen an die Siedlungsgenossenschaft Ennstal abzugeben. Die KPÖ hat gegen diese Übernahme gestimmt. Wir befürchteten schon damals, dass damit dem Verkauf unserer Gemeindewohnungen der Weg geebnet werden sollte. Nun wurde auf Grund der Datenschutzverordnung ein Nachtrag zum Vertrag mit der Ennstaler beschlossen. Konsequenterweise haben wir auch gegen diesen Nachtrag gestimmt.

Straßenöffnung

BürgerInnen sind mittel Unterschriftenliste mit dem Anliegen an die Stadtgemeinde herangetreten den bestehenden Rad- und Fußweg der „Linderwaldsiedlung“ bis zur Einmündung in die Verkehrsfläche am Melbengrund als öffentliche Straße umzuwidmen und in die Haupterschließungsstraße „Linderwald“ einzubinden. Gegen diesen Vorschlag hat die Böchzelt Immobilien Ges.m.b. H im Namen der MieterInnen der Linderwaldsiedlung Einspruch erhoben. Die Angelegenheit wurde zur Beratung an den Bau-Planungs- und Verkehrsausschuss übergeben.

Umstieg auf Fernwärme

Die Mehrfamilienwohnhäuser Schulgasse 3 und Hauptstraße 132 werden von Erdgas auf Fernwärme umgestellt. Die Fernwärme stammt aus erneuerbarer Energie. Die Maßnahme ist als Beitrag zum Klimaschutz gedacht. Die Grüne Bürgerliste Zeltweg stimmte gegen den Antrag.

Soziale Dienste

Zur Finanzierung der mobilen Sozialdienste wurden 77.500 Euro beschlossen. Davon entfallen 1.500 Euro auf die Caritas, 23.000 Euro auf das Rote Kreuz und 53.000 auf die Volkshilfe.

Geschwindigkeitsmessgeräte

Die kostenlose Anschaffung von Geschwindigkeitsmessgeräten wurde für vier Jahre beschlossen. Die Geräte sollen durch Werbeaufkleber für heimische Firmen finanziert werden. Das erste Gerät soll im Bereich Hauptstraße 219 in Richtung Zentrum eingesetzt werden.

Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Reden, diskutieren, sich informieren

Jeden 1. und 3. Mittwoch
im Monat

KPÖ-Parteiheim,
Friedensstraße 10, Knittelfeld
ab 17.00 Uhr

Krampusverteilung

Unter dem Motto:

**„Für uns wird alles immer schlechter,
bei den Reichen herrscht
Freude und Gelächter.
Wir haben eine Regierung
für Reiche und Konzerne
Gerechtigkeit liegt in weiter Ferne!“**

**Komm Krampus mach keine Faxen
nimm sie alle mit in deiner Kraxen!“**

verteilte die KPÖ in Knittelfeld,
Spielberg und Zeltweg Schokokrampusse.



Airpower 2019: Umweltschädigende Waffenschau

Im September findet die Airpower wieder statt. Wir haben bereits in der Vergangenheit betont, dass wir die Airpower für eine Verschwendung von Steuergeld halten, sie aus Lärm- und Klimaschutzgründen ablehnen und die Präsentation von Kriegsgerät eine friedenspolitische Katastrophe ist.

Daran ändert sich auch in diesem Jahr nichts. Im Gegenteil: Die Kosten werden weiter steigen, die Emissionen durch Flugzeuge und erhöhtes Verkehrsaufkommen werden auch nicht weniger und es ist, wie beim letzten Mal, damit zu rechnen, dass Kampfflugzeuge aus kriegführenden Ländern teilnehmen werden.

Trotz Rechnungshofkritik: 1,3 Millionen Steuergeld

Das Land Steiermark finanziert ein Drittel der Airpower mit Steuergeldern in der Höhe von 1,3 Mio. Euro. Die Art und Weise der Förderung der Airpower 2013 wurde vom Rechnungshof heftig kritisiert. In seinem Bericht wurde hervorgehoben: Es gab keine Strategie, keine konkreten Förderziele. Auch wurde nicht evaluiert, ob die eingesetzten Mittel für den Tourismus förderlich waren, auf eine werbewirksame Darstellung der Steiermark wurde verzichtet. Die für eine Förderung nötigen Unterlagen, die jeder Förderungswerber vorlegen muss, wurden gar nicht eingefordert. Die Förderung wurde also ohne Rechtsgrundlage erteilt, die Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt deswegen gegen mehrere EntscheidungsträgerInnen im Land.

Klimaschutz ist den Regierenden nicht wichtig

Das vergangene Jahr war das Wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen. Turbulente Wetterphänomene häufen sich. Seit dem Jahr 2000 lag die Durchschnittstemperatur in jedem Jahr über dem Jahrhundertmittelwert. In einer Situation, in der es immer notwendiger wird, mit nachhaltiger Politik gegenzusteuern, ist die Airpower ein fatales Signal. Offensichtlich ist für die Regierenden das Werben für einen Getränkekonzern

und die Rüstungsindustrie wichtiger ist als unser Klima und unsere Umwelt.

Verteidigungsminister Mario Kunasek spricht im ÖRF-Neujahrsgespräch davon, dass auch Milizsoldaten einberufen werden, und es daher eine Übung sei. MilizsoldatInnen üben nur alle 1-2 Jahre, dabei sollten sie auf mögliche Einsätze vorbereitet werden. Die Miliz ist sicher nicht dazu da um als Security für Großveranstaltungen „missbraucht“ zu werden. Die Schneefälle der letzten Wochen zeigen, wo das Geld des Bundesheeres besser angelegt wäre - nämlich beim Katastrophenschutz.

Wir halten das Anwerben von SoldatInnen auf solchen Veranstaltungen für sehr bedenklich. Bei Veranstaltungen wie der Airpower wird Krieg wie ein Spiel dargestellt. Dort wird jungen Menschen sicher nicht ehrlich nähergebracht, was auf sie als SoldatInnen zukommt.

Kein Steuergeld für die Airpower Egal wie man zur Airpower steht, Tage davor und danach wird das Aichfeld zur Lärmhölle. Kranke oder gebrechliche Menschen habe keine Möglichkeit davor zu fliehen. Es ist eine Zumutung eine derartige Veranstaltung in einem so dicht besiedelten Gebiet abzuhalten. Wie sind der Meinung die Airpower sollte nicht mit Steuergeld gefördert werden.

ELEKTRO
A. KÖFFEL

GmbH

Elektrische Licht- und Kraftanlagen • Elektrogeräte • Nachstromspeicheröfen • Blitzschutzanlagen

8740 ZELTWEG, Bahnhofstraße 59, Tel. 03577/22252
office@elektro-koefel.at Fax: 03577/26661
www.elektro-koefel.at

100 Jahre KPÖ

Am 3. November 1918 wurde die KPÖ gegründet. Im Aichfeld gab es schon immer eine starke ArbeiterInnenbewegung.

Nicht umsonst lebte und arbeitete unser Parteivorsitzender und späterer Vizekanzler der Zweiten Republik, Johann Koplenig, einige Jahre in Knittelfeld. Er ging als Sozialdemokrat in den Ersten Weltkrieg und kam als Kommunist zurück und setzte sich das Ziel die KPÖ im Aichfeld aufzubauen.

Die größte Leistung, die die KPÖ in ihrer Geschichte vollbracht hat, war der antifaschistische Widerstand. Viele GenossInnen haben für ein freies Österreich ihr Leben gelassen. Auch im Murtal gab es Widerstandszellen, 59 AichfelderInnen wurden hingerichtet. In Knittelfeld, Judenburg und Fohnsdorf erinnern Denkmäler an diese FreiheitskämpferInnen.



Der Höhepunkt dieser Bewegung war 1985. Die Menschenkette, gebildet von 10.000 Menschen, verband damals die Stadt Knittelfeld mit dem Stationierungsort Zeltweg. Auch gegen den Ankauf der Eurofighter und die Airpower waren wir aktiv.



die Rolle der Aufdecker und Mahner. Aber wie überall sind Menschen, die gegen den Strom schwimmen auch in den Gemeinden wichtig.

Der Kapitalismus gefährdet durch die hemmungslose Ausbeutung von Natur und Menschen unsere Zukunft. Das macht eine KPÖ auch künftig dringend nötig.



Claudia Klimt-Weithaler und Elke Kahr

Als im Aichfeld an der Mur über Grundwasser eine umstrittene Mülldeponie errichtet werden sollte, waren wir Teil der Widerstandsbewegung. Die Deponie konnte erfolgreich verhindert werden.

Wir sind stets für den Frieden eingetreten und haben uns gegen Aufrüstung gewehrt. Die Bürgerinitiative gegen den Ankauf der Draken war jahrelang aktiv.



Wir waren vor allem in den Betrieben der Verstaatlichten Industrie gewerkschaftlich verankert. Wir wehrten uns gegen die Privatisierung, haben informiert und gewarnt. Heute spüren wir schmerzlich, wie viel an Arbeitsplätzen, sozialer Sicherheit und wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten durch den Privatisierungswahn verloren gegangen ist.

Auch in den Gemeinderäten ist der Geist des neoliberalen Kapitalismus längst eingezogen. Etwas dagegen auszurichten ist schwer. Neben einzelnen Erfolgen haben wir oft nur



- Sind Sie auch der Meinung, dass es mit der Welt **so nicht weiter** gehen kann?
- Sind Sie **gegen Privatisierung** und Sozialabbau?
- Reicht es Ihnen** auch, dass immer nur die Gleichen profitieren?
- Interessieren** Sie sich für **Gemeindepolitik**?

Dann suchen wir genau Sie!

Anfang 2020 wird der Gemeinderat neu gewählt. **Kommen Sie vorbei** oder **melden Sie sich** bei uns!

Friedensstraße 10, Knittelfeld, Telefon: **03512/82240**,
Mail: **kpoe.knittelfeld@aon.at** oder bei unseren
GemeinderätInnen in Knittelfeld, Spielberg oder Zeltweg.



AK-Wahl: Wichtiger denn je

Interview mit Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger, (GLB-KPÖ)



ÖVP und FPÖ beschließen zahlreiche Verschlechterungen, Stichwort 12-Studentag, Krankenkassen oder Arbeitslosenversicherung. Was wäre deiner Meinung nach dagegen zu tun?

Zunächst einmal gehören die arbeitenden Menschen darüber informiert, was das alles für sie bedeutet. Schließlich werden

Verschlechterungen von der Regierung oft als Verbesserung verkauft. Der Schmäh mit den angeblichen Einsparungen bei der Verwaltung ist ja schon uralt, aber er kommt immer wieder. Und dann gilt es natürlich Widerstand zu organisieren.

Stichwort angekündigter heißer Herbst?

Bis jetzt war das leider kein heißer Herbst. Gegen den 12-Studentag gab es nur eine Großdemonstration in Wien. Der ÖGB-Steiermark hat lediglich symbolisch protestiert indem er am Tag des Inkrafttretens des Gesetzes 5.000 Luftballons aufsteigen ließ. Auch nach den ersten Lohnabschlüssen ist mir nicht zum Jubeln. So gibt es bei den Metallern erst ab Juli nächsten Jahres 100 % Überstundenzuschlag als Abgeltung für die 11. und 12. Stunde.

Weg vom Herbst zum nächsten Frühjahr. Vom 28.3.-10.4.2019 finden in der Steiermark AK-Wahlen statt. Du wirst wieder als Spitzenkandidat der Liste GLB-KPÖ antreten.

Ja, wir treten wieder mit unserem Team von derzeit vier Kammerräten an. Da ist mit Gerhard Simbürger aus dem Aichfeld auch ein Arbeiter von Stahl Judenburg wieder mit dabei. Wir möchten wie bisher diejenigen sein, die der sozialdemokratischen Mehrheit genau auf die Finger schauen und die Dinge aufzeigen, die nicht funktionieren.

Was denn konkret?

Etwa die Wohnbeihilfe. Ich erwarte mir von der AK, dass sie im Interesse der Betroffenen agiert und nicht der Landesregierung aus SPÖ und ÖVP die Mauer macht. Die AK muss sich für ihre Mitglieder einsetzen. Das heißt, auch sozialdemokratischen KammerrätInnen müssten sich gegen die von der eigenen Partei durchgeführten Verschlechterungen stellen. Das geschieht aber nicht.

Was fällt Dir zum Thema Glaubwürdigkeit ein?

Nach der Wahl sollte das gelten, was zuvor gefordert wurde. Da haben wir als Gewerkschaftlicher Links-

Was ist die Arbeiterkammer?



Die Arbeiterkammer (AK) ist die gesetzliche Vertretung der ArbeiterInnen und Angestellten. Was die wenigsten wissen: Sie ist wesentlich mehr als Beratungsstelle und Konsumentenschutz. Sie hat den Auftrag, sich gegenüber Landes- und Bundespolitik für die arbeitenden Menschen einzusetzen.

Dass das oft nur halbherzig passiert, hat die Vergangenheit gezeigt. Viel zu oft sind die sozialdemokratischen KammerfunktionärInnen vor der eigenen Partei in die Knie gegangen. Deshalb braucht es eine glaubwürdige und konsequente Kraft, die der AK-Führung und ihren Fraktionen auf die Finger klopft.

block mit der KPÖ einen verlässlichen Partner. Denn da gilt was im Wahlkampf gesagt wurde auch nach der Wahl. Andere Fraktionen haben da oft ihre Probleme.

Gibt es etwas, was du noch gerne sagen möchtest?

Ich würde mir wünschen, dass alle PolitikerInnen und auch die Spitzenfunktionäre in Arbeiterkammer* und ÖGB einmal von einem Durchschnittseinkommen leben müssten. Das würde, denke ich, einiges in der Sichtweise ändern. Bei der KPÖ gilt, wie bekannt, eine Gehaltsobergrenze. Die täte auch anderen gut.

**Der Präsident der AK-Steiermark erhält derzeit monatlich 11.163,65 Euro brutto. Die Kammerräte arbeiten ehrenamtlich.*

DENKZETTEL

gegen

**12-Stunden-Tag
Leistungsdruck
Teuerung
Sozialabbau**

LISTE 5  GLB-KPÖ

Arbeiterkammer-Wahl 2019

28. März – 10. April



MAASK ENBALL

Sonntag, 10.2.2019, Volksheim Zeltweg
14.30 Uhr. 2,5 Euro. Herzlich willkommen!
Euer Kinderland Zeltweg